

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



## 21.2030      **Petition Frauensession 2021. Chancengleichheit im Erwerbsleben**

---

Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur vom 11. Mai 2023

---

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) hat an ihrer Sitzung vom 11. Mai 2023 die von der Frauensession 2021 am 30. Oktober 2021 eingereichte Petition vorberaten.

Die Petition verlangt, den Bundesrat zu beauftragen, Massnahmen zu ergreifen, um die Chancengleichheit im Erwerbsleben herzustellen.

### **Antrag der Kommission**

Die Kommission beantragt mit 13 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Petition keine Folge zu geben. Eine Minderheit (Fivaz Fabien, Atici, Locher Benguerel, Piller Carrard) beantragt, der Petition Folge zu geben und damit die Petition an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine parlamentarische Initiative oder einen parlamentarischen Vorstoss im Sinn der Petition auszuarbeiten.

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Fabien Fivaz

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



## 1 Inhalt der Petition

Die Petition verlangt, den Bundesrat zu beauftragen, Massnahmen zu ergreifen, um Chancengleichheit im Erwerbsleben herzustellen. Diese umfassen die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung und zum Ausbau einer qualitativ hochstehenden Kinderbetreuungsinfrastruktur, die Einrichtung einer Elternzeit sowie eine Steuerrechtsrevision zur Einführung der Individualbesteuerung.

## 2 Erwägungen der Kommission

Die Breite der Forderungen der Petition stellt für die Beratung der Kommission eine Herausforderung dar. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass die Verwaltung bereits entsprechende Arbeiten in Angriff genommen hat. Im Rahmen der Erarbeitung der Botschaft zu konkreten Massnahmen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sie gestützt auf die Legislaturplanung 2019-2023 erstellt, prüft sie die Anliegen der Petition. Hinsichtlich der ersten Forderung ist ausserdem zu erwähnen, dass der Ständerat noch in diesem Jahr die Vorlage 21.403 («Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung») berät, die auf eine parlamentarische Initiative der WBK-N zurückgeht. Bezüglich der zweiten Forderung zur Einrichtung einer Elternzeit betont die Mehrheit der Kommission, dass die Arbeiten zur Erfüllung des Postulates 21.3961 («Volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen») im Gange sind und, dass parlamentarische Vorstösse, deren Forderungen in die Richtung einer Elternzeit gehen, in den letzten Jahren vom Parlament abgelehnt wurden. In Bezug auf die dritte Forderung der Einführung der Individualbesteuerung verweist die Kommission auf die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung, welche abgeschlossen ist und zu der sich der Ergebnisbericht in Ausarbeitung befindet. Aufgrund dieser Arbeiten beantragt die Mehrheit der Kommission ihrem Rat, der Petition keine Folge zu geben. Eine Minderheit ist der Ansicht, dass diese Arbeiten, insbesondere hinsichtlich einer Elternzeit, nicht ausreichend sind und beantragt ihrem Rat deswegen, der Petition Folge zu geben und damit die Petition an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine parlamentarische Initiative oder einen parlamentarischen Vorstoss im Sinn der Petition auszuarbeiten.